

Wahlprüfsteine Aufstehen Brandenburg, Regionalgruppe Barnim

1. Eine Anhebung der Gehälter der im Pflege- und Sozialberuf Tätigen, wie er jetzt beschlossen wurde, wird von aufstehen sehr begrüßt. Welche anderen Maßnahmen haben Sie vor, um die Attraktivität des Pflegeberufes und der Sozialarbeit zu verbessern?

Zunächst einmal muss die Umsetzung des Pflegeberufereformgesetzes möglichst problemlos erfolgen. Dazu gab es zahlreiche Gespräche, in denen sich alle Akteure miteinander verständigten und sich gemeinsam auf den Weg machten. Es müssen Gelder zur Verfügung gestellt werden, um die Pflegefachschulen auskömmlich auszufinanzieren und gute Ausbildungsmöglichkeiten zu schaffen. Informationskampagnen für das Berufsbild müssen aufgelegt und Ausbildungskapazitäten ausgebaut werden. Die Ausbildung muss selbstverständlich kostenfrei sein. Allem voran wollen wir den Pflegeberuf so attraktiv gestalten, dass Jugendliche sich überhaupt für diesen Beruf entscheiden. Das ist bei dem derzeitigen Berufsimago nicht leicht und erfordert durchdachte und kreative Informationskampagnen.

Das Bild des Pflegeberufes muss grundlegend verändert werden. Hier helfen professionelle ansprechende Imagekampagnen, die eine echte soziale Wertevermittlung wieder aufgreifen. Davon ist man in einer Leistungsgesellschaft weit entfernt. Selbst wenn Rahmenbedingungen wie tarifliche Bezahlung, flexible Arbeitszeitmodelle, Vermeidung wechselnder Einsatzmöglichkeiten, angemessene Fahrtwege noch so optimal sind, heißt das nicht, dass sich junge Menschen für diesen Beruf entscheiden. Wir müssen der jüngeren Generation wieder soziale Werte vermitteln wie gemeinschaftliche Verantwortung füreinander, Rücksichtnahme, Respekt und Hilfe. Selbiges gilt natürlich auch für andere Berufe des Pflege-, Gesundheits- und Sozialbereiches.

Die Entscheidung für einen sozialen Beruf darf nicht von fiskalischen Gründen geleitet, sondern muss aus einer ideologischen Motivation heraus getroffen werden. Die Inklusion von Menschen mit Behinderungen schon im Kindesalter kann hier einen wichtigen Beitrag leisten, junge Menschen ohne Behinderung zu sensibilisieren, dass es wertvoll ist, zu helfen und dass Menschen mit Einschränkungen nicht allein auf ihre Defizite reduziert werden dürfen. Sie leisten einen wichtigen Beitrag in der Gesellschaft. So wird das Helfen nicht zur Last, sondern zur Selbstverständlichkeit und wird bei der späteren Berufswahl nicht mit negativen Aspekten verbunden. Gerade alte Menschen sind mit ihren Kenntnissen und ihrer Lebenserfahrung wertvoll und eine Bereicherung. In erster Linie sollten sich junge Menschen bei der Berufswahl für einen sozialen Beruf nicht für die Pflege- und Hilfeleistung entscheiden, sondern für den Menschen, dem sie Pflege und Hilfe anbieten. Nicht zuletzt muss jungen Menschen auch vermittelt werden, dass es jeden Menschen – auch sie selbst – früher oder später treffen kann. Ein jeder kann temporär oder dauerhaft pflegebedürftig werden und sollte deshalb von Anfang an lernen, Menschen mit Einschränkungen als wertvoll zu betrachten und sie so zu behandeln, wie er selbst an deren Stelle behandelt werden will.

Hier sind Eltern, Schule und Gesamtgesellschaft in der Pflicht.

2. Der Eigenanteil zur Finanzierung der Pflege in Pflegeheimen wird unter den jetzigen Bedingungen bei Erhöhung der Einkommen des Pflegepersonals weiter steigen. Würden Sie sich dafür einsetzen, dass der Eigenanteil sozialverträglich nach dem Einkommen der Familien gestaltet wird?

Zunächst einmal bedürfen begriffliche Definitionen einer generellen Klarstellung, da sie seit längerem drastisch auseinandergehen. Die Linke setzt sich auf Bundesebene bspw. seit Jahren für eine Pflegevollversicherung ein, was meint, dass nicht die Pflegekasse einen festen

Sockelbetrag leistet, sondern der Versicherte. Nicht der Versicherte zahlt dann die den Sockelbetrag übersteigende Differenz als Eigenanteil, sondern die Pflegeversicherung und zwar nach dem Bedarfsdeckungsprinzip. Hierfür setzt sich Die Linke mit aller Kraft ein. Nur darin sehen wir künftig ein starkes Pflegeversicherungssystem, welches die Versicherten nicht in ständigem Armutsrisiko oder in Altersarmut belässt.

Die Frage nach einem einkommensabhängigen Eigenanteil zum jetzigen Zeitpunkt ist nicht abschließend beraten und auch seitens des Landes nicht beeinflussbar. Im Falle des Eigenanteils zum Pflegeheimplatz kann man eine Einkommensstaffelung überlegen, wenngleich grundsätzlich jedoch Pflege ein Menschenrecht ist und somit kostenfrei sein sollte. Die Linke will diesbezüglich eine sofortige Senkung des Eigenanteils, der schrittweise zur gänzlichen Abschaffung führt.

Eine grundlegende einkommensabhängige Pflegeversicherung bejaht Die Linke. Wenn alle Menschen entsprechend ihres Einkommens sowie ihrer Kapitalerträge und ohne Beitragsbemessungsgrenze in die Pflegeversicherung einzahlen, würden die Einnahmen zweifelsfrei die Ausgaben der Pflegeversicherung decken.

3. Pflegeheime und -einrichtungen werden heute vorrangig von gewinnorientierten Unternehmen und Konzernen betrieben. Könnten Sie sich Möglichkeiten vorstellen, dass sich diese Unternehmen kurzfristig ebenfalls an der Finanzierung der steigenden Personalkosten beteiligen (z.B. durch freiwillige Gewinnreduzierung oder Zusatzbesteuerung) bzw. dass diese Aufgaben vorrangig durch gemeinnützige und kommunale Träger übernommen werden und hier die Nachbar- und Familienhilfe verstärkt genutzt wird?

Die Beteiligung der Unternehmen an den steigenden Personalkosten oder die Stärkung der Nachbar- und Familienhilfe ist gut, aber keine Lösung.

Im Jahre 1995 wurde der Bereich Altenpflege in Deutschland für private Anbieter geöffnet. Die Auswirkungen der folgenden Renditepflicht sind sowohl für Pflegefachkräfte als auch für Gepflegte gravierend. Überhöhter Arbeitsdruck, schlechte Arbeitsbedingungen, geringe Entlohnung, Personalmangel, schlechte Pflege und zudem eine permanente Erhöhung der Eigenanteile sind die Folgen.

Wir sagen: Pflege gehört in öffentliche Verantwortung und in kommunale oder frei gemeinnützige Hände. Pflege darf nicht gewinnorientiert sein. Der Zweck einer Pflegeeinrichtung ist nicht die Gewinnmaximierung, sondern die Versorgung von Bürgerinnen und Bürgern mit pflegerischen Leistungen. Sie unterliegen damit ausschließlich dem Gemeinwohl und haben dieses in den Mittelpunkt ihrer Arbeit zu stellen. Einrichtungen, die aus öffentlichen Mitteln oder Sozialversicherungsleistungen finanziert werden, müssen einem Gewinnverbot unterliegen.

Pflegeeinrichtungen müssen deshalb in öffentliches oder frei gemeinnütziges Eigentum überführt und unter demokratische Kontrolle gestellt werden.

4. Aus der Kenntnis der Gründe für das Ausscheiden sehr vieler in der Pflege tätiger Menschen, werden sie welche konkreten Maßnahmen ergreifen, um den vorhandenen Fachkräftemangel vorrangig mit einheimischen Arbeitskräften zu beseitigen?

Zahlreiche Maßnahmen wurden bereits benannt. Wichtig ist, dass nicht nur dem Fachkräftemangel aktiv entgegengetreten wird, sondern dass das gesamte Pflege- und Gesundheitssystem sinnvoll miteinander verzahnt wird und allem zuvor präventive und pflegevermeidende Maßnahmen vorangestellt werden. Das Hilfesystem funktioniert nur dann, wenn alle Teile – Pflegevermeidung, Unterstützung pflegender Angehöriger und Ehrenamtler, Verbesserung professioneller Strukturen – passgenau ineinandergreifen.

Das heißt konkret: Ausbau von Schulungsangeboten für pflegende Angehörige und Ehrenamtler, eine konsequente Umsetzung des Präventionsgesetzes und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Fachkräfte sowie deren tarifliche Entlohnung. Mit der zusätzlichen Schaffung von mehr Ausbildungsplätzen treten wir ebenso der drohenden Unterversorgung wirksam entgegenwirken. Selbiges muss natürlich im gesundheitlichen Bereich erfolgen, bspw. mit der konsequenten Umsetzung des Landärzteprogramms.

Zudem wollen wir die bereits bestehenden Netzwerke wie das „Bündnis Gesund älter werden“ unterstützen und fördern.

Das professionelle Netz, bestehend aus der Fachstelle „Altern und Pflege im Quartier“, dem Kompetenzzentrum für Demenz sowie den Pflegestützpunkten, bildet die wichtigste Grundlage, die wir dementsprechend sichern und stärken wollen.

5. Wo sehen Sie besonderen Handlungsbedarf, um bei einer zunehmend älter werdenden Bevölkerung, eine menschenwürdige, bezahlbare Pflege im "Pfleagemix" zu erreichen? (z.B. so lange wie möglich in vertrauter bezahlbarer, barrierefreier Häuslichkeit verbleiben, mehr Unterstützung für pflegende Angehörige, Nachbarschaftshilfe usw.)

Um möglichst lange ein selbstbestimmtes Leben im gewohnten Umfeld grundlegend gewährleisten zu können, bedarf es vielfältiger und umfangreicher Maßnahmen, die sämtliche Bereiche betreffen. Zahlreiche Maßnahmen dazu sind bereits in den Maßnahmenpaketen wie den Seniorenpolitischen Leitlinien oder dem Behindertenpolitischen Maßnahmenpaket der Landesregierung verankert und fortlaufend. So muss beispielweise kontinuierlich an der Schaffung der Barrierefreiheit im öffentlichen Raum sowie im Wohnungswesen gearbeitet werden. Das ist seit Jahren auf der Agenda und auch im Zuge der Inklusionsbestrebungen ein andauernder Prozess, den wir mit aller Kraft vorantreiben. Selbiges trifft den barrierefreien ÖPNV und die Erreichbarkeit und Nutzbarkeit von medizinischen Versorgungsangeboten für eingeschränkte Personen. In Brandenburg haben wir bspw. eine gesundheitliche Versorgungslandschaft mit sehr vielfältigen Angeboten, wie Einzel- über Gemeinschaftspraxen, Bereitschaftspraxen, Ärztehäusern bis hin zu Medizinischen Versorgungszentren. Telemedizinische sowie mobile Dienste und vor allem die sogenannten AGNES-Schwestern ergänzen das Angebot. Diese Versorgungsstrukturen wollen wir sichern und bedarfsgerecht ausbauen, so dass sie überall von allen genutzt werden können. Ebenso der Öffentliche Gesundheitsdienst, dem aus unserer Sicht eine besondere Bedeutung zukommt.

Die pflegerische Versorgung ist im Flächenland Brandenburg mit einer so brisanten demografischen Entwicklung ebenso eine besondere Herausforderung, der wir uns seit Jahren intensiv widmen. Die Brandenburger Pflegeoffensive bietet hierzu eine gute Grundlage.

Die „Brandenburger Pflegeoffensive“ ist eine ideale Basis für eine strategische Weiterentwicklung der Hilfe- und Pflegestrukturen. Dazu zählt der Ausbau der Pflegestützpunkte sowie der Fachstelle „Altern und Pflege im Quartier“, die Stärkung pflegender Angehöriger und die Verbesserung der Ausbildungsangebote für Pflegefachkräfte.

Wichtig ist, dass ältere Menschen nicht nur auf ihre Defizite reduziert, sondern akzeptiert und frühzeitig einbezogen werden in die Gestaltung ihrer Umwelt. Der Austausch mit den Seniorinnen und Senioren ist uns von jeher wichtig und wird von uns konsequent betrieben. Dabei stellten wir fest, dass der reine Austausch nicht genügt, um eine Beteiligung oder gar Mitbestimmung zu realisieren. Daher fordern wir eine/n Seniorenbeauftragten auf Landesebene und ein präzises Seniorenmitbestimmungsrecht, damit die Seniorinnen und Senioren ihre Lebenswelt aktiv mitgestalten solange sie sich dazu in der Lage fühlen.

Ein selbstbestimmtes Leben im eigenen Umfeld setzt eine barrierefreie Infrastruktur eine gute pflegerische und gesundheitliche Versorgungslandschaft und vor allem die aktive Beteiligung der Bürginnen und Bürger voraus.

6. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Pflege als gesellschaftliche Daseinsfürsorge gesetzlich verankert wird?

Die pflegerische Infrastruktur muss Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge sein. Dazu ist es wichtig, dass sowohl das Land als vor allem auch der Bund endlich ausreichend investiert in diesen Bereich. Dazu sind insbesondere die Kommunen finanziell zu stärken, denn gute Pflege wird vor Ort erbracht. Nur durch eine gute regionale Beschäftigungspolitik kann die Schaffung gut entlohnter Arbeitsplätze bei öffentlichen und gemeinnützigen Trägern in der Pflege gelingen.

Deshalb sagen wir: Pflege gehört wieder in öffentliche Verantwortung und unter demokratische Kontrolle. Menschenwürdige Pflege kann und darf nicht auf Profit ausgerichtet sein.